

AUSGRÜNDUNGEN MÜESSEN NICHT SEIN

Gegenantrag zum Antrag der wahlwerbenden Gruppe JUNOS – Junge liberale Studierende „Mehr Transparenz bei Ausgründungen“ an die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien am 22. März 2024

Im Beschlusspunkt fordern die JUNOS „klare Regeln“ für Ausgründungen. Auch die GRAS befürwortet klare Regeln – solange sie zur Verhinderung von Ausgründungen beitragen.

Akademische Ausgründungen sind Start-Ups, welche zumeist von Studierenden, in selteneren Fällen auch von Forschenden oder Lehrenden an Hochschulen mit Wissen, welches sie an der jeweiligen Bildungseinrichtung angeeignet haben, gegründet werden, und in welchen sie die staatlich finanzierte Forschung privatwirtschaftlich versilbern.

Grundlagenforschung, welche essenziell für die gesamtgesellschaftliche Weiterentwicklung ist, wird vor allem von den staatlichen Universitäten mit Steuergeldern betrieben (was wichtig und richtig ist), während sich Privatunternehmen vor allem auf direkt vermarktbarere Anwendungsmöglichkeiten bestehenden Wissens fokussieren. Das mit dem Geld aller finanzierte Wissen an den Hochschulen soll auch allen, also der Gesellschaft insgesamt zugutekommen, und nicht die Taschen einiger weniger Unternehmer_innen füllen, welche damit aus den Hochschulen heraus Unternehmen gründen.

Anstatt Ausgründungen zu fördern, sollten Universitäten, Staat und Gesellschaft verhindern, dass gewonnenes Wissen privatisiert und verwirtschaftet wird, sondern sich dafür einsetzen, dass dieses allen zugutekommt.

DIE UNIVERSITÄTSVERTRETUNG DER HOCHSCHÜLER_INNENSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT WIEN MÖGE BESCHLIEßEN.

- Die Hochschul_innenschaft an der Universität Wien kritisiert jegliche Privatisierung von Wissen, Forschung und Forschungsergebnissen, und spricht sich für eine Wissenschaftspolitik aus, welche nicht darauf abzielt einzelne Unternehmer_innen zu fördern, sondern die universitär gewonnenen Forschungsergebnisse zum maximalen Nutzen der Gesamtgesellschaft weiterzuverwenden und weiterzuentwickeln
- Die Hochschul_innenschaft an der Universität Wien spricht sich gegen jede Form der privatwirtschaftlich und gewinnorientierten akademischen Ausgründungen aus. Sie setzt sich gegenüber relevanten Stakeholder_innen dafür ein, die Prozesse hierfür möglichst zu erschweren bzw. Ausgründungen aus Hochschulen gänzlich zu verhindern.
- Die Hochschul_innenschaft an der Universität Wien thematisiert die negativen Folgen von neoliberaler Wissenschaftspolitik und gewinnorientierter Verwendung von Forschungsergebnissen öffentlichkeitswirksam sowie in Gesprächen mit relevanten Stakeholder_innen.